

Johannes-Maria Lex, Plattform EduCare

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org]
 Gesendet: Mittwoch, 30. März 2011 21:31
 An: bettina.eibel-steiner@diepresse.com; julia.valsky@bka.gv.a.; ursula.haubner@parlament.gv.at; ines.schmied-binderlehner@vida.at
 Betreff: Sammelmeldung vom 31.03.2011

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
 Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Wir danken unseren
SponsorInnen, Mitgliedern und sonstigen SpenderInnen,

die mit Ihrer finanziellen Zuwendung auf unser

**Konto-Nummer: 09726603500,
 Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group
 IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500
 BIC: BKAUATWW**

unser weiteres Engagement für die Elementarpädagogik in Österreich ermöglichen.

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES
 VOM 30.03.2011 21:30:51**

TIP-THEMA

"Zum Wohl des Kindes - pädagogische Qualität in Kitas stärken"

[Aufkaktvortrag Prof. Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis](#)
[Pädagogische Arbeit reflektieren](#)
[Vernetzungsprozesse stärken](#)

MEINUNG

Die öffentliche Religion

Ein christliches Symbol braucht auch die religiöse Deutung

Gemeinsam in die Öffentlichkeit

ZUR DISKUSSION

Wie im 19. Jahrhundert - Sitzenbleiben wird so gut wie abgeschafft, ein Kursystem soll es möglich machen. Aber solange viele Politiker, Lehrer und Eltern wie im 19. Jahrhundert denken, ändert sich gar nichts.

BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

Bildungsvolksbegehren besondere Chance für gesellschaftlichen Diskurs und ...

BM:UKK / BM:WF

[BM:UKK-Homepage](#)
[BMWF Homepage](#)

Schüler sollen sich Lehrer aussuchen

Mehr Geld für Bildung, kein Sparen bei Justiz

Bildung - BZÖ-Haubner: Genug geplant! - Reformen rasch umsetzen =

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

FRAUEN UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE, Vernetzung sozialer Dienstleistungen als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise

[Die Wirtschaftskrise und ihr Effekt auf den Arbeitsmarkt](#)
[Beschäftigung im internationalen Vergleich](#)
[Tagung: Vernetzung sozialer Dienstleistungen](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen: keine](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

ÖBERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)
[Linz: Dialog mit Ministerin Schmied](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARK

[Meldungen:](#)
[Graz: Tarifschub im Kindergarten](#)
[Plattform 25 plant weitere Protestaktionen](#)

TIROL

[Meldungen: keine](#)

[VORARLBERG](#)
Meldungen: keine

[WIEN](#)
Meldungen: keine

[FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG](#)

[Wer ist Gott? Mit Kindern über Religion sprechen](#)

[KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG](#)

[Gabriele Heinisch-Hosek: "Bessere Kinderbetreuung ist Gewinn für Frauen und Wirtschaft" - Anstoßfinanzierung des Bundes so rasch als möglich fortsetzen](#)

[vida-Vondrasek: "Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, damit bei ...](#)

→ [Siehe auch: FRAUEN UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE. Vernetzung sozialer Dienstleistungen als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise](#)

[TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER](#)

[Tagesmütter feiern 20 Jahre in Feldbach](#)

[IMPRESSUM UND HINWEISE](#)
[Abmeldung von diesem kostenlosen Service](#)

TOP-THEMA

"Zum Wohl des Kindes - pädagogische Qualität in Kitas stärken"

Am 18. März 2011 trafen sich etwa 170 Erzieherinnen und Erzieher in Leipzig, um am Symposium "Zum Wohl des Kindes - pädagogische Qualität in Kitas stärken" teilzunehmen. Eingeladen hatten die Leipziger Buchmesse, das Jugendamt der Stadt Leipzig und der Didacta Verband. Fachkompetenzen stärken

Auftaktvortrag Prof. Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis.

Er plädierte für eine Reform der Erzieher/-innenausbildung und stellte ein Kompetenzmodell vor, welches gegenwärtig unter seiner Leitung an der Universität Bremen entwickelt wird. Finanzielle Unterstützung erhält es durch die Deutsche Telekom Stiftung. Das Modell baut auf sozial-konstruktivistischen Grundsätzen auf und umfasst eine Stärkung der Entwicklung der Studierenden und deren Fachkompetenzen.

Vortrag zum Download: [Das Kompetenzmodell der Professionalisierung der Fachkräfte - Prof. Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis](#)

Pädagogische Arbeit reflektieren

Dass pädagogische Arbeit ist kein starrer Begriff sei, vermittelte Mareike Daut im anschließenden Vortrag. Sie müsse sich verändern, entwickeln und veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Grundlegend hierfür sei ein stetiges, intensives und kritisches Hinterfragen der eigenen Position und Haltung. Spezielle Reflexionsprozesse könnten helfen, Vergangenes zu überprüfen und für die Zukunft zu planen. Der Vortrag zeigte verschiedene Methoden und Instrumente, wie sich Reflexionsprozesse im pädagogischen Alltag verankern lassen.

Vortrag zum Download: [Pädagogische Arbeit reflektieren - Mareike Daut](#)

Vernetzungsprozesse stärken

Den abschließenden Vortrag an diesem Tag hielt Dr. Mara Meske von der Universität Bremen. Sie machte deutlich, wie wichtig es ist, Kinder, Eltern, pädagogische Fachkräfte und die Gesellschaft an der Qualitätsdebatte zur pädagogischen Arbeit in Kindertagesstätten zu beteiligen. Dies kann nur in einem tragfähigen Netzwerk gelingen - die Kooperation mit den verschiedenen Bildungsorten ist dabei unerlässlich.

Vortrag zum Download: [Kitas in ihren Vernetzungsprozessen stärken - Dr. Mara Meske](#)

Bereits im fünften Jahr konnte zusammen mit den Partnern ein attraktives Angebot für Erzieherinnen und Erzieher im Rahmen der Leipziger Buchmesse gemacht werden. Auch zukünftig soll dieser Rahmen für Veranstaltungen weiter genutzt werden.

http://www.didacta.de/nachrichten_Zum-Wohl-des-Kind-es-paedagogische-Qualitaet-in-Kitas-staerken.php

MEINUNG

Die öffentliche Religion

Wien und Straßburg haben gesprochen: Zwei Gerichtsurteile über Kreuze in öffentlichen Kindergärten und Schulen bedeuten sicher nicht Schluss der Debatte. Die Auseinandersetzung über Religion im säkularen Staat geht weiter. Von [Otto Friedrich](#)

Als „Frühlingszeichen“ qualifizierte Christoph Schönborn letzten Woche die beiden „Kreuz-Urteile“ in Wien und Straßburg. Der Kardinal bekräftigte auch zum Abschluss der Frühjahrssession der Österreichischen Bischofskonferenz seine und der anderen Bischöfe Position, dass das Kreuz auch ein Zeichen der Identität und der Toleranz in Europa darstelle.

Die Urteile führten zu einer hörbaren Erleichterung im christlich respektive katholisch geprägten Segment Europas, und auch „säkulare“ Regierungen wie jene Italiens durften sich bestätigt fühlen. Das eine der beiden Urteile sprach der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, der damit eine gegenteilige Entscheidung aus dem Jahr 2009 revidierte: Eine in Italien lebende finnische Atheistin hatte das Abhängen der Kreuze in der Schule ihrer Kinder verlangt, weil sie sich in ihrem Recht auf Religionsfreiheit eingeschränkt sah.

Der EGMR begründete die Ablehnung des Abhängebegehrens damit, dass es sich nicht beweisen lasse, „ob ein Kreuzifix an der Wand eines Klassenzimmers einen Einfluss auf Schüler hat, auch wenn es in erster Linie als religiöses Symbol zu behandeln ist“.

Zur Argumentation des italienischen Staates, das „Kreuzifix symbolisiere über die religiöse Bedeutung hinaus die Werte und Prinzipien, die die westliche Demokratie und Zivilisation begründeten“, nahm der EMGR keine Position ein, respektierte aber den nationalen Beurteilungsspielraum in dieser Frage. Er stellte weiters fest, dass das Anbringen eines Kreuzes im Klassenzimmer keine staatliche Indoktrinierung bedeute.

In Straßburg wie in Wien ...

Kardinal Schönborn zeigte sich vor allem davon beeindruckt, dass 15 der 17 Richter des EGMR dem Urteil nahegetreten waren. Bekanntlich hatte es kurz zuvor ein Erkenntnis des österreichischen Verfassungsgerichtshofs (VfGH) in einer ähnlichen Causa gegeben, die von einem niederösterreichischen Vater gegen das Anbringen von Kreuzen sowie gegen religiöse Feiern in Kindergärten angestrengt worden war. Der VfGH hatte einerseits argumentiert, die Teilnahme an religiösen Feiern wie dem Nikolausfest seien nicht verpflichtend. Und das Anbringen eines Kreuzes verstoße nicht gegen die Verfassung, weil dieses nicht als „staatliche Äußerung einer Präferenz für eine bestimmte Religion“ zu werten sei. Außerdem hält der VfGH fest, dass das Kreuz „zweifelsohne zu einem Symbol der abendländischen Geistesgeschichte geworden“ sei. Es gab Kritik am VfGH-Urteil: Der Verfassungsrechtler Bernd Christian Funk rückte bei einer Diskussion der „Initiative gegen Kirchenprivilegien“ insbesondere das Argument des VfGH, in Österreich herrsche ohnehin eine Trennung zwischen Staat und Kirche, in die „Nähe von Scheinbegründungen“. Das Straßburger Kreuz-Urteil hingegen sah Funk als in sich schlüssig an.

Fachkritik am Verfassungsgericht

Die FURCHE befragte dazu den Wiener Religionsrechtler Richard Potz, der gemeinsam mit seiner Kollegin Brigitte Schinkele ein Gutachten für die niederösterreichische Landesregierung im Kreuz-Verfahren vor dem VfGH verfasst hatte. Potz pflichtet der Kritik von Verfassungsrechtler Funk am österreichischen Kreuz-Urteil bei. Potz stößt sich vor allem daran, dass der VfGH das Kreuz als religiöses Symbol heruntergespielt habe. Bereits 2009 hatten Potz und Schinkele in einem Positionspapier für den Katholischen Laienrat argumentiert, das Kreuz dürfe „nicht auf ein säkulares, die abendländische Geistesgeschichte vergegenwärtigendes Symbol“ reduziert werden: „Es handelt sich in erster Linie um ein Glaubenssymbol des Christentums – und nicht nur des Katholizismus“, und es könnten ihm nicht „schlechthin ein appellativer oder missionarischer Charakter“ zugesprochen werden.

Natürlich, so Potz zur FURCHE, sei durch das Anbringen eines Kreuzes die „negative Religionsfreiheit“, also die Freiheit vom Zwang zur Religionsausübung, betroffen – man kann sich dem Anblick eines Kreuzes ja nicht entziehen. Aber für den Religionsrechtler liegt diesen „Zwang“ unter der „Erheblichkeitsschwelle“, sodass das Recht auf Religionsfreiheit nicht betroffen sei. Derartige Argumente vermisst Potz im VfGH-Urteil. Die beiden Kreuz-Urteile sind somit auch Gegenstand einer juristischen Auseinandersetzung – auch wenn die Schlüssigkeit der Urteilsbegründung an der Sache wenig ändert. Dennoch zeugt die Diskussion, dass die Öffentlichkeit von Religion auf der europäischen und erst recht der österreichischen Agenda steht.

Trennung oder Konvergenz?

Aufgrund der Kritik am VfGH-Urteil erklärten denn auch die Betreiber des „Volksbegehrens gegen Kirchenprivilegien“, dass also auch „letztinstanzliche Urteile zu Gunsten einer Religionsgemeinschaft“ ausfallen würden. Niko Alm, einer der Initiatoren, fühlt sich bestätigt: „Es offenbart die Notwendigkeit unseres Volksbegehrens.“

Zurzeit ist der Widerhall dazu allerdings enden wollend. Kardinal Schönborn meinte nach der Frühjahrs-Bischofskonferenz auf die Frage der FURCHE nach dem Anti-Kirchenvolksbegehren, dieses sei „diffus und konfus“, die Positionen darin seien rechtlich unklar. Auch Richard Potz formuliert ähnlich: Er qualifiziert die Vorschläge gegen „Kirchenprivilegien“ als „unausgegoren“ und an der Rechtslage vorbeigehend. Außerdem kämen die „Privilegien“ und Steuervorteile ja allen anerkannten Religionsgemeinschaften – und nicht nur der katholischen Kirche – zugute. Auch der von den Volksbegehren ins Spiel gebrachten Aufkündigung des Konkordates mit dem Heiligen Stuhl gewinnt Potz nichts ab. Die österreichische Diskussion verfolgt der Religionsrechtler außerdem mit Erstaunen, da diese den Entwicklungen in Europa zuwider laufe. Denn europaweit komme man weg von einer strikten Trennung von Religion und Staat, es gehe vielmehr in Richtung einer „Konvergenz“. Potz zitiert dazu den im angelsächsischen Raum und in Israel tätigen Religionssoziologen und -politologen Jonathan Fox, der die Perspektiven des Zueinander von Religionen/Kirchen und Staat mit dem Begriff „moderate involvement“ beschrieben habe. Dieses Zueinander und mitunter wechselseitige Verhältnis werde zurzeit weithin diskutiert. Dass es in Österreich dem entgegen wieder einmal die Diskussion um eine Trennung von Staat und Kirche gibt und ein dementsprechendes Volksbegehren im Schwange ist, verwundert den Religionsrechtsexperten.

Das „christliche Land“ Österreich

Gegen das Anliegen der *Anti-Kirchenvolksbegehren steht derzeit aber auch die öffentliche Meinung. Zumindest in der Kreuz-Frage sind die Gewichte hierzulande klar verteilt: Eine Umfrage des Linzer Meinungsforschungsinstitut IMAS ergab dieser Tage eine Mehrheit von 70 Prozent für Kreuze in Schulen, nur 19 Prozent sprachen sich dezidiert dagegen aus. Auch der Aussage, Österreich sei ein christliches Land und solle es auch bleiben, stimmten 80 Prozent der Interviewten der repräsentativen Befragung zu.

Herr und Frau Österreicher wollen nach diesen Ergebnissen somit in einem christlichen Land leben. Und das trotz der Austrittswelle aus der katholischen Mehrheitskirche: Was dieser Befund im Konkreten bedeutet, bedarf aber zweifelsohne der weiteren – öffentlichen – Auseinandersetzung.

<http://www.furche.at/system/showthread.php?s=65dbfabffebdd5e1f7e3d81c31808503&t=10582>

Ein christliches Symbol braucht auch die religiöse Deutung

Die jüngsten Kreuz-Urteile in Europa und Österreich rekurren auf die kulturelle Symbolik des Kreuzes. Doch ohne religiöses Verständnis schwindet auch der Gehalt des Zeichens. Von Hans Förster

Ein wesentliches Argument der jüngsten „Kreuz-Urteile“ (des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte über Kreuze in italienischen Schulen sowie des österreichischen Verfassungsgerichts über Kreuze in Kindergärten) war die Definition des Kreuzes als kulturelles Symbol. Als solches erregte das Kreuz keinen Anstoß.

Es ist mehr als offenkundig, dass sich das Verständnis dieses Symbols seit der Zeit des Paulus sehr stark verändert hat (1 Kor 1,23), beschreibt dieser doch mit klaren Worten die Provokation des religiösen Symbols „Kreuz“: „Wir aber predigen den gekreuzigten Christus, den Juden ein Ärgernis und den Griechen eine Torheit.“

Kreuz und Christentum waren in der Frühzeit eng miteinander verbunden: Das sogenannte Spottkruzifix vom Palatin – ein Graffito aus der Zeit um ca. 250 n. Chr. – zeigt eine Person vor einem Esel am Kreuz. Die Unterschrift lautet „Alexamenos betet seinen Gott an“.

Wie Symbole ihre Bedeutung verlieren

Fraglich ist, ob angesichts einer steigenden Zahl von Europäern, die durch einen Austritt aus ihrer Kirche ein Leben ohne religiöses Bekenntnis suchen, gerade dieses Symbol eine kulturelle Identität Europas konstituiert. Umgekehrt verlieren Symbole jedoch ohne Erklärung ihren Bedeutungsgehalt: Den meisten jüngeren Europäern dürfte heute unbekannt sein, dass der bunte* Fisch, der sich hin und wieder auf der Heckklappe von Autos findet, ein altkirchliches Bekenntnis symbolisiert. Was bringt ein christliches Symbol, das ohne Deutung als Logo eines Fischlokals verstanden werden muss?

Zahlreiche altkirchliche Texte wie auch bereits frühe Mosaik zeigen das sogenannte Christogramm, häufig auch als Christusmonogramm bezeichnet. Die beiden griechischen Anfangsbuchstaben des Wortes „Christus“ sind damals ein den Menschen verständliches Zeichen und bilden so ein christliches Bekenntnis. Bei dieser Abkürzung überlagern sich die griechischen Buchstaben Chi und Rho und bilden ein Zeichen, das, wenn man die ursprüngliche Bedeutung der griechischen Zeichen nicht mehr kennt, wohl eher wie ein durchgestrichenes deutsches P aussieht – einmal mehr ein Zeichen, das dann wohl eher als Halteverbot denn als christliches Zeichen interpretiert werden kann.

Hat das Kreuz, ein zentrales christliches Zeichen, nicht wesentliche Elemente seines religiösen Bedeutungsgehalts verloren, wenn es als „kulturelles Symbol“ verstanden wird, das eine wie auch immer geartete europäische oder nationale Identität zu stiften vermag? Wird eine derartige „kulturelle“ Bedeutung des Christentums nicht erst einmal durch „Höhepunkte“ des gesellschaftlichen Lebens wie □sterferien, Christkindmärkte oder den „Politischen Aschermittwoch“ konstituiert? Der Besuch der eigentlichen sakralen Feiern hält sich ja doch eher in Grenzen. Im alltäglichen Leben gilt, dass die Piktogramme, die als Zeichen verständlich den Weg zu wichtigen □rten weisen, eindeutig sind. Sollte das nicht auch für das Kreuz gelten?

Der Autor leitet an der Universität Wien ein vom Forschungsfonds FWF geförderten Projekt zu koptischen Handschriften.

<http://www.furche.at/system/showthread.php?s=65dbfabffebdd5e1f7e3d81c31808503&t=10583>

Gemeinsam in die Öffentlichkeit

Will man den Streit über die Sichtbarkeit der Religion im öffentlichen Raum an zwei Gegenständen dingfest machen, dann sind das wohl das christliche Kreuz und das muslimische Kopftuch, auch wenn beide Symbole nicht miteinander vergleichbar sind.

Frauen mit Kopftuch gehören mittlerweile zum Straßenbild. Was für die einen kein Problem darstellt, ist für andere eine Provokation. Der Rassismus gegen Frauen mit Kopftuch nimmt zu, resümiert der „Rassismus-Report 2010“ der Initiative ZARA. Für Christen sei es kein Problem, muslimische Frauen, die freiwillig das Kopftuch tragen, zu akzeptieren, so Kardinal Christoph Schönborn bei einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche.

Dagegen vorzugehen, ist auch Aufgabe der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ), deren Gremien derzeit neu gewählt werden. Neben den positiven Rückmeldungen für ihre Arbeit gab es immer wieder Kritik: nicht alle Muslime würden vertreten werden, neben den Schiiten als Anhänger einer bestimmten Richtung des Islams seien auch die Türken nicht durch die IGGiÖ repräsentiert.

Dies soll sich jetzt ändern. Am Ende der aktuellen Wahlen sollen auch Schiiten, alle großen muslimischen Vereine sowie Mitglieder, Moscheen und Vereine von ATIB, der Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Österreich, in den Führungsgremien der IGGiÖ vertreten sein. Als größter Dachverband muslimischer Vereine und Gemeinden war dieser bisher nicht an der Glaubensgemeinschaft beteiligt. Heuer nehmen sie erstmals aktiv an der Wahl teil. „Wir wollen die IGGiÖ stärken, deswegen müssen wir uns einfach daran beteiligen und gemeinsam diskutieren, wie wir die IGGiÖ noch verbessern können“, erklärt Seyfi Bozkus, türkischer Botschaftsrat in Wien und Vorsitzender von ATIB, bei einer Podiumsdiskussion in Wien in der vergangenen Woche. Damit die IGGiÖ den Islam auch glaubwürdig in der Öffentlichkeit präsentieren kann, müssen auch die Schiiten an Bord sein. „Wir nehmen die Sorgen dieser Gruppe sehr ernst. Wir haben versucht, Minderheitenrechte so zu schreiben, dass sie Vertreter auf alle Fälle delegieren können, aber nur, wenn sie sich auch wirklich um die Wahl und um eine hohe Wahlbeteiligung bemühen“, so Omar Al Rawi von der IGGiÖ, der an der Diskussion im Wiener Otto Mauer Zentrum ebenfalls teilnahm.

Ausbildungsstätte in Österreich gefordert

Und noch etwas wurde deutlich bei der Veranstaltung, die von der Plattform „Christen und Muslime“ organisiert wurde: Eine eigene Fakultät an einer staatlichen Universität in Österreich, die für die Ausbildung von Imamen und Religionslehrer zuständig ist, wäre ein weiterer Schritt in Richtung Anerkennung und Öffentlichkeit des Islams in Österreich. Damit wäre auch die Sorge, wonach Imame von der österreichischen Kultur und von den Lebensgewohnheiten hierzulande keine Ahnung hätten, der Nährboden entzogen.

Zurück zu den Frauen mit Kopftuch: Das Klischee der unterdrückten islamischen Frau, die sich nicht zu Wort melden darf und will, gehöre immer mehr der Vergangenheit an. „Ich bin überzeugt, dass mehr Frauen kommen, die Frauen werden immer mutiger, sie wollen auftreten, sie wollen sich mehr engagieren, sie nehmen die Pflichten nicht an“, zeigte sich Nadire Mustafi, die sich in ihrer Gemeinde in Hollabrunn engagiert, bei der Diskussion* überzeugt – und erntete Beifall von vielen muslimischen Männern.

Bisher nahmen rund 100.000 Musliminnen und Muslime die komplizierte und kostenpflichtige Prozedur auf sich, um sich für die Wahl registrieren zu lassen – das ist ein Fünftel aller Muslime in Österreich.

<http://www.furche.at/system/showthread.php?s=65dbfabffebdd5e1f7e3d81c31808503&t=10584>

ZUR DISKUSSION

Wie im 19. Jahrhundert - Sitzenbleiben wird so gut wie abgeschafft, ein Kurssystem soll es möglich machen. Aber solange viele Politiker, Lehrer und Eltern wie im 19. Jahrhundert denken, ändert sich gar nichts.

Vorweg gesagt: Ich habe für Hannah ein Gymnasium ausgesucht, das schon vor Jahren die „modulare 1. Klasse“ eingeführt hat. Modular bedeutet, dass man nicht durchfallen kann, wobei das für mich nicht der Punkt war. Mich haben die Kurse überzeugt, die angeboten werden: Sich ein Semester lang mit dem Phänomen Licht zu beschäftigen bringt mehr als der Physikunterricht, der mir zuteil geworden ist, habe ich mir gedacht. Ich leide nämlich sehr unter meiner mangelnden naturwissenschaftlichen Bildung und möchte meinen Töchtern ähnlichen Ärger ersparen.

Wir haben die Entscheidung für diese Schule nicht leichtfertig getroffen. Die braven Eltern im 21. Jahrhundert besuchen mindestens drei „Tage der offenen Tür“ – und bei dieser Gelegenheit habe ich mich mit Lehrern, Schülern und anderen Eltern unterhalten. Fazit: Dieses Kurssystem verlangt von Kindern ein größeres Maß an Selbstständigkeit, von den Lehrern ein gerüttelt Maß an Enthusiasmus und von der Schule eine gewisse Größe, damit sich das Ganze organisatorisch umsetzen lässt.

Werden aus Fächern einfach »Kurse«? Nun soll also nach und nach in allen Schulen ein Kurssystem eingeführt und damit das Sitzenbleiben abgeschafft werden. Wie das genau aussehen soll, weiß man noch nicht, aber nach dem, wie sich die österreichische Bildungspolitik in den letzten Wochen, Jahren und Monaten präsentiert hat, ist meine Befürchtung: Erst werden sich SPÖ und ÖVP über die Details in die Haare geraten, dann wird man einander vorwerfen zu bremsen, dann wird man das, was sich bisher „Schulfach“ nannte, in „Kurs“ umbenennen, und ändern wird sich gar nichts. Statt die Klasse zu wiederholen werden die Kinder eben reihenweise Kurse noch einmal belegen müssen (was übrigens organisatorisch gar nicht so einfach ist).

Damit sich wirklich etwas bewegt, müssten Politiker, Lehrer und Eltern weg von einem Denken, das aus den vorigen Jahrhunderten rührt, das immer den Kindern die Schuld gibt am Versagen und das da besagt, es sei Aufgabe der Schule zu selektieren und zu bewerten – statt jedem Einzelnen möglichst viel beizubringen.

»Zu gute Noten?« Zu dem Thema weiß eine bayrische Lehrerin Entlarvendes zu berichten: Sie bekam Schwierigkeiten, weil sie ihren Schülern zu gute Noten gab. Das heißt, zu gut waren die Noten eigentlich nicht, sie entsprachen den Leistungen der Kinder! Nur war es der Schulbehörde trotzdem nicht recht. Eine Klasse ohne Fünfen und Sechsen, das sei nicht möglich, das gefährde den „Schulfrieden“. Die Lehrerin wurde strafversetzt, kündigte und schrieb ein Buch – Sabine Cerny: „Was wir unseren Kindern antun“.

bettina.eibel-steiner@diepresse.com

<http://diepresse.com/home/meinung/weiberrede/645120/Wie-im-19-Jahrhundert->

BILDUNGSVERLEGENHEITEN

Bildungsvolksbegehren besondere Chance für gesellschaftlichen Diskurs und ...

Live-PR.com (Pressemitteilung)

10.03.2011 10:09:46 - Die Köck Privatstiftung - Initiative Neues Lernen - unterstützt seit Jahren Bemühungen zur Reform des österreichischen Bildungssystems - und so auch das aktuelle Bildungsvolksbegehren. Stiftungsbeirat Christian Köck sieht im ...

BM:UKK / BM.W_F

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

Schüler sollen sich Lehrer aussuchen

Kleine Zeitung

Die ÖVP überrascht mit einem neuem Vorschlag. Schüler sollen sich zukünftig ihre Lehrer aussuchen können. Dadurch sollen die Schüler auf das Uni-System vorbereitet werden. Ab Dienstag wird mit der Gewerkschaft verhandelt. ...

[Schüler sollen sich Lehrer aussuchen dürfen](#) DiePresse.com

[Neues Dienstrecht für Lehrer](#) RF.at

[Wiener Zeitung - Kurier - derStandard.at - APA](#) TS (Pressemitteilung)

[Alle 30 Artikel »](#)

Mehr Geld für Bildung, kein Sparen bei Justiz

RF.at

Mehr Geld für die Bildung, keine Einsparungen im Justizressort, mehr oder weniger schmerzhaft Einschnitte bei den anderen Ministerien: Dieses Bild vom neuen Finanzrahmen bis zum Jahr 2015 entstand nach entsprechenden Regierungsstatements vor dem ...

Bildung - BZÖ-Haubner: Genug geplant! - Reformen rasch umsetzen =

APA TS (Pressemitteilung)

Haubner fordert außerdem, dass die Bildung endlich zur parteipolitikkfreien Zone werden müsse. "Wir brauchen unter anderem eine Reform der Schulverwaltung, eine Stärkung der Schulautonomie, ein neues Lehrerdienst- und Besoldungsrecht, eine verbesserte ...

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

FRAUEN UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE. Vernetzung sozialer Dienstleistungen als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise

Der unzureichende Ausbau der sozialen Dienstleistungen, allen voran der Kinderbetreuung und der Versorgung mit erschwinglicher Pflege und Betreuung, ist ein Grund für die nach wie vor gering ausgeprägte Aufteilung von Haus - und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen. Um eine Professionalisierung der haushaltsnahen Dienstleistungsbereiche zu forcieren und um ein adäquates Versorgungsnetz aufzubauen, bedarf es eines gezielten kleinräumigen Ausbaus der Infrastruktur.

Der demographische Wandel in Verbindung mit Zu - und Abwanderungsbewegungen und damit zusammenhängend einem unterschiedlichen Ausmaß der Alterung der Bevölkerung stellen neue Anforderungen an das soziale Dienstleistungsangebot: Während manche Regionen mit einer ausgeprägten Abwanderungsdynamik konfrontiert sind, verzeichnen andere aufgrund fortdauernder Zuwanderung aus dem Aus - und Inland ein anhaltendes Bevölkerungswachstum. Die regionalen soziodemographischen und ökonomischen Gegebenheiten bilden den Rahmen für die Gestaltung der sozialen Dienstleistungsstruktur, die in der vorliegenden Studie anhand von vier Modellregionen (Bezirk Neunkirchen, Großraum Schwechat, Bezirk Lienz, Zweiter Wiener Gemeindebezirk/Leopoldstadt) dargestellt und analysiert wird.

Die Wirtschaftskrise und ihr Effekt auf den Arbeitsmarkt

Die österreichische Wirtschaft, die bis in den Herbst 2008 sehr erfolgreich war, ist im Laufe des Jahres 2009 zunehmend von der internationalen Krise erfasst worden. Die österreichische Wertschöpfung schrumpfte im Jahr 2009 um 3,9 %, nachdem das reale BIP im Jahr 2008 noch um 2,2 % expandierte. Im internationalen Vergleich ist der Konjunkturereinbruch in Österreich besonders ausgeprägt.

Gemessen an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit traf die Krise Wien infolge des hohen Dienstleistungsanteils an der Beschäftigung weniger stark als Niederösterreich, Tirol und Gesamtösterreich. Das Niveau der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Arbeitslosenquote, ist in Wien allerdings mit 8,5 % im Jahr 2009 höher als in Tirol (6,3 %), Niederösterreich (7,3 %) und Österreich (7,2 %). AusländerInnen sind vom Anstieg der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als InländerInnen, und zwar in allen Bundesländern.

Beschäftigung im internationalen Vergleich

Österreich zählt zu den Ländern in der EU, die im Schnitt eine etwas überdurchschnittliche Integration der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 - 64) ins Erwerbsleben aufweisen. Die Erwerbsquote der Männer lag 2009 bei 81 % gegenüber 77,8 % in EU - 27 und 79,2 % in den EU - 15 - Ländern, die der Frauen bei 69,6 % gegenüber 64,3 % in EU - 27 und 65,9 % in der EU - 15.

Die Höhe und die Altersstruktur der Erwerbsquoten unterscheiden sich unter Frauen stärker zwischen den EU - Mitgliedstaaten als unter Männern, und zwar unabhängig von der Herkunftsregion. Die Unterschiede in der Einbindung der Frauen ins Erwerbsleben sind stärker vom jeweiligen Wohlfahrtsmodell geprägt als die der Männer.

➔ **Gesamte Studie:** [http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d146/Studie Soziale Dienstleistungen 2011.pdf](http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d146/Studie_Soziale_Dienstleistungen_2011.pdf)

Tagung: Vernetzung sozialer Dienstleistungen

Am 8. April findet im AK Bildungszentrum in Wien eine Tagung zu diesem Thema statt. Es werden die Studienergebnisse von Gudrun Biffi vorgestellt, sowie Praxisbeispiele von gelungenen Vernetzungen von Städten und Gemeinden nähergebracht. Begrüßung durch AK-Präsident Herbert Tumpel, Rupert Dworak (Österreichischer Gemeindebund), sowie Vizebürgermeister Klaus Luger (Österreichischer Städtebund). Freitag, 8. April 2011, 10.00 bis 14.00 Uhr AK Bildungszentrum, 4., Theresianumgasse 16-18

BURGENLAND

Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN

Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH

Niederösterreich: www.noe.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH

Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Linz: Dialog mit Ministerin Schmied

<http://tvthek.orf.at/programs/70016-Oberoesterreich-heute/episodes/2096179-Oberoesterreich-heute/2097571-Ministerin-im-Dialog--Schmied>

SALZBURG

Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARKE

Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Graz: Tarifdschungel im Kindergarten

Das große Rechnen ist angesagt. Ferien sind voll zu zahlen und ganztags ist nicht gleich ganztags.

Die Aufregung in den Grazer Kindergärten ist seit Anfang dieser Woche groß. Dort hängen nun nämlich die Berechnungen für die neuen Kindergartenbeiträge aus. Dabei kommt ans Tageslicht, dass durch die geplanten Gesetzesänderungen des Landes selbst für 5-Jährige, die ja eigentlich gratis sechs Stunden eine Einrichtung besuchen dürfen, ordentlich in die Tasche gegriffen werden muss. Und zwar in den Sommerferien.

Zwischen 24 und 200 Euro schlagen sich dabei pro Monat zu Buche. Der Sommerkindergarten kostet demnach auch für die „Gratis-Kinder“ bis zu 400 Euro. Ohne Essensbeitrag, versteht sich. Verwirrung herrscht zudem über die Definition „ganztags“. Es gibt nämlich unterschiedliche Tarife, je nachdem, ob die Betreuung 8 oder 9 Stunden pro Tag beträgt. Das kann eine Differenz von 40 Euro pro Monat ausmachen.

„Das ist jetzt einmal eine Vorinformation für die Eltern. Da das Land das Gesetz noch nicht beschlossen hat, sind die Tarife noch nicht fix. Verwaltungsmäßig bedeutet das für uns aber einen enormen Mehraufwand. Durch einen Federstrich des Landes sind 6.000 Grazer Kinder betroffen. Das kann nur jemand machen, der sich in dem Bereich nicht auskennt“, ärgert sich VP-Stadtrat Detlev-Eisel-Eiselsberg über SP-Landesrätin Elisabeth Grossmann. Durch die Umstellung habe die Stadt Graz 550.000 Euro an Mehrkosten pro Jahr, da seien die Verwaltungskosten noch gar nicht mitgerechnet.

Details siehe unter: <http://www.woche.at/graz/chronik/tarifdschungel-im-kindergarten-d36387.html>

Plattform 25 plant weitere Protestaktionen

[ORF.at](#)

Dienstagabend gab es eine mehrstündige Sitzung der Plattform 25, bei der etwa 40 Vertreter der verschiedenen Dachverbände wie Jugendwohlfahrt, Behindertenhilfe oder IG Kultur, mit politischen Vertretern von KPÖ und den Grünen die weitere Vorgangsweise ...

→ Siehe auch: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2710854/sparbudget-weitere-demo-landhaushof-geplant.story>

Plattform 25: Menschenkette rund um das Grazer Landhaus

Ort: Steirischer Landtag, Landhaus Graz

Zeit: Montag, 11. April 2011 12:00

TIROL

Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG

Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN

Wien: www.wien.gv.at

Meldungen: keine

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Wer ist Gott? Mit Kindern über Religion sprechen

sueddeutsche.de

«Je nach religiöser Prägung des Elternhauses tauchen die Fragen schon früh auf und beeinflussen das Kind, bevor es sprechen kann», sagt der Pädagoge und katholische Theologe Michael Schnabel vom Staatsinstitut für Frühpädagogik in München. ...

KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG

Gabriele Heinisch-Hosek: "Bessere Kinderbetreuung ist Gewinn für Frauen und Wirtschaft" - Anstoßfinanzierung des Bundes so rasch als möglich fortsetzen

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek begrüßte heute die Ergebnisse der Studie der AK und des ÖGB zu Frauenerwerbstätigkeit: "Die Studie zeigt deutlich: Eine hohe Beschäftigungsquote von Frauen schafft mehr Wirtschaftswachstum. Aber mehr Frauenbeschäftigung erreichen wir nur, wenn die Kinderbetreuung weiter ausgebaut wird." Investitionen in Kinderbetreuung würden sich gleich mehrfach rechnen: Es würden Arbeitsplätze im pädagogischen Bereich geschaffen und Frauen hätten die Wahlfreiheit, wieder ins Berufsleben einzusteigen – wovon wiederum die Wirtschaft nachhaltig profitiert.

Heinisch-Hosek erneuerte daher ihre Forderung nach der sofortigen Fortsetzung der Anstoßfinanzierung des Bundes: "In den letzten drei Jahren hat der Bund den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen mit insgesamt 45 Millionen Euro unterstützt. Dass das eine Erfolgsgeschichte ist, sehen wir an den Ergebnissen: 17.500 neue Betreuungsplätze und mehr als 6.000 neue Jobs wurden geschaffen." Diese Erfolgsgeschichte gelte es, weiterzuführen: "Der Kindergarten muss als erste und zentrale Bildungseinrichtung verstanden werden. Hier müssen wir jetzt endlich Gas geben", so Heinisch-Hosek abschließend.

Rückfragehinweis:

Dr. Julia Valsky

Pressesprecherin der

Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Telefon: + 43 1 531 15-2149

julia.valsky@bka.gv.at

vida-Vondrasek: "Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, damit bei ...

APA OTS (Pressemitteilung)

"Der Ausbau sozialer Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Pflege oder Mobilität ist ein Schlüssel für die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und daher unumgänglich", meint Elisabeth Vondrasek, Frauenvorsitzende der Gewerkschaft vida, ...

→ Siehe auch: **FRAUEN UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE. Vernetzung sozialer Dienstleistungen als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise**

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

Tagesmütter feiern 20 Jahre in Feldbach

Kleine Zeitung

20 Jahre sind vergangen, seit die Tagesmütter Steiermark im Bezirk Feldbach eine Regionalstelle eröffnet haben. Seither wird Kinderbetreuung bei einer Tagesmutter angeboten. Heute sind die Tagesmütter ausgelastet. "Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen ..."

IMPRESSUM UND HINWEISE

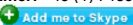
Plattform **EduCare**

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information. Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

➔ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ◀

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!